

## **Rede zur Einbringung des Haushalts 2014/15.**

*(Dr. Josef Bücker, Fraktionsvorsitzender Hagen Aktiv, Ratssitzung am 14. November 2013).*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

### **Folie 1.**

am 26. September hat der Kämmerer den Haushalt eingebracht. Dazu hat er eine Rede gehalten, die zumindest Hagen Aktiv an manchen Stellen verwundert aufhorchen ließ. In forschem Ton trug Christoph Gerbersmann vor, dass er bei einem Großteil der Öffentlichkeit und der Politik, aber auch bei Teilen der Verwaltung das Verantwortungsbewusstsein für unsere Stadt sowie den zwingend erforderlichen Reformwillen nicht erkennen könne. Verantwortungsbewusstsein und Reformwillen besäße offenbar nur er, weshalb er zum wiederholten Male dieselben Sparvorschläge einbringt.

Ich kann Ihnen versichern, Herr Gerbersmann, dass Hagen Aktiv sich ihrer Verantwortung absolut bewusst ist. Wir haben die Verwaltungsvorschläge zum HSP 2014/15 zum wiederholten Male intensiv analysiert, darüber hinaus eigene, wohlüberlegte Sparvorschläge eingebracht und uns dabei von dem Gedanken leiten lassen, unsere Heimatstadt attraktiv und lebenswert zu erhalten.

Desweiteren bin ich mir sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wie auch die in Hagen noch ansässigen Unternehmer und Teile der Verwaltung ein wesentlich sensibleres Gespür für die Notwendigkeit von Veränderungen wie auch den entsprechenden Willen zu deren Umsetzung haben, als Sie es diesen zusprechen.

Reformen und Veränderungen müssen – wenn sie gelingen sollen - vorgelebt werden, insbesondere vom Führungspersonal. Diesen Eindruck haben wir bei der Hagener Verwaltungsspitze jedoch nicht. Auch bei den Gremien und Institutionen auf Regional-, Landes- und Bundesebene, die unsere Haushaltslage ebenfalls mitgestalten und maßgeblich beeinflussen, vermissen wir einen Vorbildcharakter.

Das von Ihnen gegen Öffentlichkeit, Verwaltung und Kommunalpolitik gemünzte Postkarten-Zitat "**Das Wasser steht uns bis zum Hals, aber seine Qualität ist ausgezeichnet**" scheint vielmehr das Wohlfühlklima unserer Vertreter auf Bundes- und Landesebene, bei der Bezirksregierung in Arnsberg und des hier in der Verantwortung stehenden Verwaltungsvorstands widerzuspiegeln.

Seit Jahrzehnten werden unsere städtischen Haushalte zusammengestrickt und zurechtgeschustert – bis sie endlich irgendwie passen. Hierbei dominieren auf Seiten des Verwaltungsvorstands Wunschdenken, abstruse Modellrechnungen des Bundes und Landes und in Teilen Inkompetenz. Weitblick und nachhaltige Prozessveränderungen innerhalb der Verwaltung, um die Infrastruktur, vor allem aber die Attraktivität unserer Stadt zu erhalten oder gar auszubauen, fehlen gänzlich.

Denn die Verantwortlichen in unserer Stadt wissen nur zu gut, und da zitiere ich erneut aus Ihrer Haushaltsrede, sehr geehrter Herr Gerbersmann: *„Es ist noch immer gut gegangen! Es ist ja alles nicht so schlimm und wird schon weitergehen.“* Schlussendlich werden die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sowie die ansässigen Unternehmen so oder so „die Zeche zahlen“.

Dieses pervertierte Spiel funktioniert seit Jahrzehnten einwandfrei, weil sich die etablierten Parteien mit ihren Vertretern auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene den Ball im „Ping-Pong-Effekt“ jeweils gegenseitig zu spielen. Wirkliche Verantwortung übernimmt keiner von Ihnen.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle nochmals verdeutlichen, wer überhaupt für die Misere in unserer Stadt verantwortlich ist. Ein Rückblick in die vergangenen zwei Jahrzehnte reicht hierfür exemplarisch aus.

## **Folie 2.**

In den letzten vier Wahlperioden hat sich das strukturelle Haushaltsdefizit in der Spitze versechsfacht. Mit der Folge, dass die Gesamtverschuldung kontinuierlich angestiegen ist und sich im selben Zeitraum mehr als verdreifacht hat. Unser Haushalt steckt derart tief in der Kreide, dass die Stadt Hagen im Jahr 2012 allein 31,9 Mio. Euro an Zinsen aufzuwenden hatte. Und dies – wohlbemerkt – jährlich.

Die anderen Parteien, die auch heute in ihren Blut-und-Tränen-Reden jegliche Verantwortung hierfür weit von sich weisen, sind in den letzten zwanzig Jahren sehenden Auges bis an den Abgrund gelaufen. Und morgen, so werden diese heute beschließen, wollen sie einen weiteren Schritt voranschreiten.

Der Verwaltungsvorstand will uns suggerieren, dass er in den vergangenen Jahren aufgrund seiner Konsolidierungsmaßnahmen vorzügliche Arbeit im Rahmen der Haushaltssanierung geleistet habe. Die Graphik hinter mir mag diese These zunächst stützen, weil sich das strukturelle Haushaltsdefizit und der Schuldenanstieg stabilisiert zu haben scheinen. Doch Obacht: die Ausgleichshilfen des Landes in Höhe von 36 Mio. Euro sind in unserer Graphik bereits enthalten, sodass dadurch das strukturelle Haushaltsdefizit bereits massiv gesenkt

worden ist. Darüber hinaus befinden wir uns derzeit in einem rekordverdächtigen Zinstief. Sobald das Zinsniveau wieder gängige Marktwerte erreicht, was in naher Zukunft sicherlich eintreten wird, gestaltet sich das Ergebnis mehr als desaströs.

Die Schuld an unserer katastrophalen Haushaltslage tragen sicherlich nicht nur die Vertreter der beiden großen Volksparteien vor Ort und deren Verwaltungsvorstände. Auch die Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips, das die Vertreter der etablierten Parteien auf Landes- und Bundesebene zu verantworten haben, übt einen erheblichen Druck auf unseren Haushalt aus.

### **Folie 3.**

Außer der Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips beeinflussen weitere externe Kostenfaktoren unseren Haushalt. Einen Teil dieser Faktoren können Sie meiner Präsentation entnehmen. Ich möchte darauf hinweisen, dass die gezeigten Beispiele lediglich die Spitze des Eisbergs sind und nicht das Ende der Fahnenstange.

Um ein Gefühl für den finanziellen Einfluss dieser externen Kostenfaktoren zu bekommen, möchte ich Ihnen kurz ein Beispiel zu den Hagener Haushaltsbelastungen aus Transferaufwendungen und Zinsen aufzeigen.

### **Folie 4.**

Allein dieser Kostenblock belastet unseren städtischen Haushalt mit jährlich 182 Mio. Euro. Tendenz bedauerlicherweise steigend, ohne dass wir hierauf einen direkten Einfluss ausüben können.

Der Vergleich mit den Daten aus 2003 zeigt, dass der Aufwand binnen zehn Jahren um 46,2 Mio. Euro jährlich angestiegen ist.

Dies entspricht einer Steigerungsrate von 34% per anno.

Im Hinblick auf die Zinsbelastungen habe ich eingangs bereits erwähnt, dass wir in Europa derzeit ein extrem niedriges Zinsniveau vorfinden. Das aktuelle Zinstief ist folglich mit absoluter Vorsicht zu genießen. Sobald die Zinsen ansteigen, wird das strukturelle Haushaltsdefizit geradezu explodieren und die Verschuldung in die Höhe treiben.

Das Bedenkliche ist, da werden Sie mir zustimmen Herr Gerbersmann, dass diese Faktoren wenig bis gar nicht plan-, geschweige denn steuerbar sind.

Deshalb appelliere ich nochmals an die hier im Rat vertretenen Bundesparteien, im Hinblick auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips den Druck auf die eigenen Vertreter in Bund und Land zu erhöhen. Auch wenn Sie selbst in Ihren eigenen Haushaltsreden und populistischen Diskussionsbeiträgen die Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips stets öffentlichkeitswirksam kritisieren. Zielgerichtete Maßnahmen oder gar positive Effekte von den Damen und Herren in Düsseldorf und Berlin spüren wir hier vor Ort nicht.

Nun aber zu den „hausgemachten Kostenfaktoren“. Bei diesen kann man die Ursachen, und wer was in welchem Umfang zu verantworten hat, eindeutig zuordnen.

#### **Folie 5.**

Ein, wenn nicht sogar das zentrale Element ist das fehlende Kostenbewusstsein innerhalb der Verwaltung. Dies ist wird gepaart mit Intransparenz und Ineffizienz und führt folglich zu Unwirtschaftlichkeit innerhalb der Verwaltung und in der Stadt Hagen.

Wer ist für diesen Zustand verantwortlich? Nahezu alle führen das abstrakte und deswegen irgendwie seelenlose Gebilde namens „Verwaltung“ an. Selbst die beiden großen Volksparteien. Aus unserer Sicht ist es jedoch nicht das abstrakte Gebilde Verwaltung, sondern es sind die verantwortlichen Führungskräfte, deren Aufgabe es ist, effiziente

Arbeitsstrukturen aufzubauen, ein Kostenmanagement aktiv zu betreiben und dennoch städtische Strukturen zu bewahren. Darüber hinaus haben die Führungskräfte Ratsbeschlüsse, die wir in der aktuellen Wahlperiode als Leitplanken vorgegeben haben, umzusetzen. Bedauerlicherweise ist die Umsetzungsquote derartiger Ratsbeschlüsse äußerst mangelhaft. Ob bewusst oder unbewusst, wollen wir an dieser Stelle nicht bewerten.

Analog zu den externen Kostenfaktoren habe ich Ihnen bei den hausgemachten Kostenfaktoren ebenfalls nur die Spitze des Eisbergs aufgezeigt. Im Folgenden möchte ich erneut wenige Einzelbeispiele skizzieren.

#### **Folie 6.**

Mein erstes Beispiel sind die Bau- und Unterhaltungskosten, die in unserer Stadt in den seltensten Fällen budgetkonform eingehalten werden. In Teilen gar massiv überschritten werden.

Die Erschließung der Haßleyer Insel weist bereits jetzt eine Budgetüberschreitung von 62% vor. Dies entspricht einer einmaligen Mehrbelastung unseres Haushalts in Höhe von 1,8 Mio. Euro. Ich möchte bereits jetzt darauf hinweisen, dass wir uns nachwievor im Anfangsstadium dieser Erschließungsmaßnahme befinden. Wir sind uns sicher, dass auch hier weitere Mehrbelastungen folgen werden.

Der Tierheim-Neubau wurde bereits vom Rechnungsprüfungsamt intensiv beleuchtet und überprüft. Das Ergebnis ist, dass das Budget um rund 0,6 Mio. Euro, respektive 24,3%, überschritten worden ist. Auch bei dieser Maßnahme werden weitere Mehrbelastungen folgen.

Dauerhafte Budgetüberschreitungen, d.h. Mehrbelastungen, die unseren Haushalt Jahr für Jahr verschlechtern, finden wir derzeit beim Emil-Schumacher-Museum und etlichen anderen Projekten vor.

Die Betriebskosten des Emil-Schumacher-Museums liegen momentan über 1 Mio. Euro höher als ursprünglich geplant. Wohlbemerkt: pro Jahr!

Auch wenn die folgende Aufrechnung durchaus konstruiert ist, das gestehe ich gerne ein, entspricht diese Mehrbelastung nahezu der Summe, die die Verwaltung durch die Erhöhung von Elternbeiträgen im KITA-Bereich und anderen Einschnitten im Sozialbereich zu kompensieren versucht.

Dies ist der falsche Weg und eindeutig das falsche Signal an die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Aufgrund der demographischen Entwicklung müssen wir definitiv Anpassungen bei der städtischen Infrastruktur vornehmen. Auch wir werden heute HSP-Maßnahmen mittragen, die uns als Bürger dieser Stadt ebenfalls treffen werden. Maßnahmen, die die Lebensqualität in unserer Stadt massiv verschlechtern, sind und bleiben allerdings nicht hinnehmbar.

Nun aber zurück zu meinem Beispiel der Bau- und Unterhaltungskosten.

Aufgrund der Erfahrungen aus den vorherigen und weiteren nicht benannten Baumaßnahmen möchte ich bereits heute vor der Abschlussrechnung des Projekts Bahnhofshinterfahung warnen. Nimmt man die voran genannten Prozentsätze als Basis für zukünftige Überschreitungen wird zumindest mir angst und bange, denn wir sprechen von einem prognostizierten Bauvolumen in Höhe von 65,1 Mio. Euro und jährlichen Unterhaltungskosten in Höhe von derzeit 1,5 Mio. Euro.

## **Folie 7.**

Als nächstes Beispiel möchte ich die Orientierungsdaten des Landes aufgreifen, im konkreten Beispiel die geplanten Gewerbesteuererinnahmen für die Jahre 2014 bis 2021.

Die Landesregierung gibt der Stadt Hagen Modelldaten vor, die von einem kontinuierlichen Anstieg der Gewerbesteuer zwischen 3 und 4% pro Jahr ausgehen. Das Faszinierende ist, dass unser Verwaltungsvorstand wie auch die Kommunalaufsicht und die Landesregierung diese Daten wider besseren Wissens zur Haushaltskonsolidierung anwenden UND uns suggerieren wollen, dass genau diese Prognosen zukünftig auch eintreten.

Auch hier ein Vergleich mit der Vergangenheit. Wir haben den prognostizierten Landesdaten die realen Steuereinnahmen der vergangenen 9 Jahre gegenübergestellt. Sie sehen, die Entwicklung in den letzten Jahren war stark volatil. Sie können endlos weiter suchen, aber es gab Boom-Phasen von lediglich drei aufeinanderfolgenden Jahren. Jedoch keinen Anstieg in neun aufeinanderfolgenden Jahren.

Über einen Zeitraum von neun Jahren würden sich Mindereinnahmen in Höhe von 149 Mio. Euro für die Stadt Hagen ergeben. Hierbei sind Unternehmens-abwanderungen, wie z.B. die Standortverlagerung Nordwest von Hagen nach Dortmund, oder aber erneute Wirtschaftskrisen nicht einmal eingepreist.

Es ist bereits jetzt absehbar, dass eine derartige Modellrechnung nicht aufgehen kann. Und es ist schon jetzt absehbar, dass der verantwortliche Oberbürgermeister und Kämmerer exakt diese Negativ-Effekte benennen werden, warum wir Bürgerinnen und Bürger und die in Hagen ansässigen Unternehmen zukünftig mehr Steuern zu zahlen und weitere Einschnitte in der städtischen Infrastruktur hinzunehmen haben.



## **Folie 8.**

Als zweites Beispiel möchte ich Ihnen den Haushaltsansatz zur Ermittlung des städtischen Personalaufwands zeigen. Als Ausgangswert haben wir eine Basis von 100 angesetzt und nicht die Realdaten. Nichtsdestotrotz ist der Trend eindeutig erkennbar.

Während Landes-, Bezirksregierung und Hagener Verwaltungsvorstand von einem jährlichen Anstieg von lediglich einem Prozent ausgehen, zeigt der Blick in die Vergangenheit, dass diese Zahlen reinem Wunschdenken entsprechen.

In unserer Modellrechnung haben wir beispielhaft die Steigerungsraten für Tarifbeschäftigte und Beamte der letzten 6 Jahre gegenübergestellt. Bewusst haben wir den jeweils niedrigeren Wert verwendet. Trotz dieser Einschränkung können Sie erkennen, dass die Schere zwischen den Plan- und den zu erwartenden Ist-Daten kontinuierlich auseinander geht.

Über den gesamten Zeitraum entsteht zwischen Landesprognose und Realität ein Delta und somit ein Mehraufwand in Höhe von 26,3 Mio. Euro. Sie können schon jetzt erahnen, dass wir Bürgerinnen und Bürger und die Hagener Unternehmerschaft dieses Defizit zu kompensieren haben.

Pro Jahr steigt die Mehrbelastung kontinuierlich an und somit auch die Verschlechterung des strukturellen Haushaltsdefizits. Die exakten Daten sehen Sie an der horizontalen Achse.

Der Kämmerer, der Verwaltungsvorstand, die Bezirksregierung und das Land wissen das alles schon heute. Dennoch wollen deren Vertreter uns suggerieren, dass sie den Haushalt aktiv steuern und angeblich nachhaltige Sanierungserfolge erzielen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Gerbersmann, Sie hier in der Verwaltungsspitze - wie auch Herr Dr. Bollermann – kritisieren, dass unsere Sparvorschläge zur „Interkommunalen Zusammenarbeit“ und zur „Budgetierung von externen Beratungsleistungen und Gutachterkosten“ zu unkonkret und nicht belastbar sind. Was aber sind die voran genannten Konsolidierungsmaßnahmen der Verwaltungsspitze?

Ich bin überzeugt, die Wunschdaten der Verwaltungsspitze im Vergleich zu den realen Steigerungsraten aus bereits umgesetzten Projekten sprechen für sich.

Gegen Verschwendung und die Anwendung falscher Landesdaten können und wollen wir als Bürgerschaft und Hagener Unternehmerschaft nicht „ansparen“.

Und was exakt bedeutet eigentlich sparen? Wen haben die bisherigen „Sparpakete“ in dieser Wahlperiode überhaupt real getroffen?

#### **Folie 9.**

Zugegeben, die Graphik wirkt auf den ersten Blick überladen. Wir möchten jedoch aufzeigen, dass wir die vergangenen Sparpakete noch einmal intensiv durchleuchtet und in fünf Gruppen unterteilt haben.

Die Konsolidierungsmaßnahmen der „Sparpakete 1, 2 und 3“ teilen sich wie folgt auf:

- Standort Hagen
- Verwaltung
- originäre Verwaltungsaufgaben
- städtische Beteiligungen
- und externe Faktoren.

Im Detail möchte ich auf den Konsolidierungsbeitrag der Verwaltung und den des Standortes Hagen eingehen.

Der Anteil der Verwaltung hat sich über die drei Sparpakete von 25 Prozent, rapide auf 2 und 0,2 Prozent reduziert. Die Verwaltung hat hierbei ausschließlich Personal- und Sachkostenreduzierungen vorgenommen. Klingt zunächst positiv, wenn es denn einer effizienten Verwaltungsarbeit geschuldet wäre. Die Ursachen hierfür sind jedoch

- die natürliche und zwingend erforderliche Anpassung an die demographische Entwicklung in Hagen,
- die Personalausgliederung in städtische Töchter. Im Ergebnis eine Umwandlung von Personal- in Sachkosten und somit weiterhin eine finanzielle Belastung für den städtischen Haushalt,
- sowie die natürliche Fluktuation von Mitarbeitern.

Eine Eigenleistung seitens der Verwaltung war hierfür nicht erforderlich.

Unter dem Standort Hagen haben wir die Maßnahmen zusammengefasst, die die Unternehmer- und Bürgerschaft monetär belasten und die die städtische Infrastruktur langfristig zerstören.

Der Unterschied zur Verwaltung ist offensichtlich. Der Konsolidierungsbeitrag des Standortes Hagen beginnt zunächst bei 24%, steigt dann binnen kürzester Zeit über 37 auf 75 Prozent an. Eine Verdreifachung innerhalb einer Wahlperiode. Ursächlich hierfür sind u.a.

- Gewerbe- und Grundsteuererhöhungen,
- massive Einschnitte in der Infrastruktur, wie z.B. Bäderschließungen und die Reduzierung des ÖPNV,
- die Erhebung von Elternbeiträgen im KITA-Bereich,

- oder generelle Gebührenerhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Attraktivität unserer Stadt nimmt stetig ab, so dass die Aussichten schwinden, auch künftig ein interessanter Standort für Unternehmen und Familien zu sein.

Wir sind bereit für Veränderungen, damit Hagen es schafft, wir sind aber nicht bereit, Hagen abzuschaffen.

Deshalb fordern wir weiterhin ein grundlegendes Umdenken innerhalb der Verwaltungsspitze. Vor allem eine stärkere Einbindung des Verwaltungsapparates in zukünftige Sparanstrengungen.

Die Verwaltungsspitze ist in der Pflicht, deutliche Einschnitte innerhalb der Verwaltung vorzunehmen. Auch wenn hierdurch eigene Einflussbereiche eingegrenzt werden.

#### **Folie 10.**

Mit Aufnahme unserer Fraktionsarbeit im Hagener Stadtrat haben wir zahlreiche Spar- und Verbesserungsvorschläge eingereicht.

In den folgenden Folien haben wir einen Auszug abgebildet, welche Beschlüsse durch den Rat zwar gefasst, durch die Verwaltung aber noch nicht umgesetzt worden sind. Und Maßnahmen, die durch Mehrheitsbeschlüsse der anderen Fraktionen verhindert worden sind.

Hierbei haben wir die Maßnahmen mit einem oder mehreren Pluszeichen kategorisiert, um zu zeigen, welches Konsolidierungspotential diese Maßnahmen in unseren Augen bieten. Mehrfach haben wir den Oberbürgermeister und den Kämmerer aufgefordert, Ansätze und Zahlen zu liefern. Die Verwaltungsspitze bleibt die entsprechende Berichterstattung weiterhin schuldig. Ob bewusst oder unbewusst, vermögen wir an dieser Stelle nicht zu beurteilen.

Einen Teil unserer Vorschläge konnten wir quantifizieren. Doch auch diese wurden durch Arnsberg oder Mehrheitsbeschlüsse der anderen Fraktionen hier im RAT abgelehnt. Irgendwie scheint es sich bei der Verwaltung um eine ‚heilige Kuh‘ zu handeln.

#### **Folie 11.**

Wir geben dennoch nicht auf, ein Umdenken bei den anderen Fraktionen und innerhalb der Verwaltungsspitze zu forcieren. Wie schon beim zweiten Sparpaket werden wir die Verwaltung erneut auffordern, die Einsparpotentiale bei der „Interkommunalen Zusammenarbeit“, durch die „Budgetierung von externen Beratungsleistungen und Gutachterkosten“ und durch die „Einsparung eines Verwaltungsvorstands“ zu heben. Für den Erhalt der städtischen Infrastruktur in unserer Stadt. Die detaillierten Begründungen zu unseren Anträgen sind den Ratsunterlagen und der Internetseite unserer Ratsfraktion zu entnehmen. Wir gehen allerdings davon aus, dass auch hier der Wille zu Veränderungen bei den anderen Fraktionen fehlt.

Festzuhalten ist jedoch, dass wir der Bezirksregierung, der Verwaltungsspitze und den anderen Fraktionen konkrete Einsparpotentiale in Höhe von 5,5 Mio. Euro vorgeschlagen haben. Nachwievor bleiben diese ungenutzt. Warum - ist für uns unverständlich.

Bei einer konsequenten Umsetzung unserer Vorschläge und der bereits gefassten Ratsbeschlüsse sind wir überzeugt, dass die Verwaltung mittel- bis langfristig ein Konsolidierungspotential in zweistelliger Millionenhöhe heben kann und muss. Ohne dass dabei städtische Infrastruktur berührt wird und ohne dass wir Bürgerinnen und Bürger erneut zur Kasse gebeten werden müssen.

Warum fordern wir heute erneut so vehement größere und vor allem reale Sparanstrengungen von Seiten der Verwaltungsspitze? Warum setzen wir uns derart

vehement gegen weitere Einschnitte bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Hagener Unternehmerschaft ein?

Weil wir uns bei dem von der Verwaltungsspitze eingeschlagenen Konsolidierungskurs um die Lebensqualität und die Zukunftsfähigkeit in unserer Stadt sorgen.

## **Folie 12.**

Wir wollen ein Lebendiges Hagen.

Nicht nur als Marketingphrase und Platitüde der Verwaltungsspitze und der HAGENagentur, sondern real im wirklichen Leben. Und dies auch über die nächsten Jahrzehnte hinaus.

Deshalb lehnen wir sämtliche Sparmaßnahmen im Bereich Familie ab. Wir wünschen uns junge Familien in Hagen. Wir wollen Kinder, wir wollen Zukunft.

Zukunft bedeutet eine attraktive Innenstadt, weshalb wir vor zwei Jahren den Verbleib der Enervie-Firmenzentrale in der Innenstadt gefordert haben. Wir waren und sind weiterhin gegen die Bahnhofshinterfahung. Im Hinblick auf die Erschließung der zukünftigen Gewerbeflächen hätten wir uns allerdings eine Ansiedlung der Enervie dort gewünscht. Denn, das Bahnquartier hätte an Attraktivität gewonnen. Mit einem renommierten Unternehmen wären die neuen Gewerbeflächen wesentlich besser zu vermarkten gewesen. Die Belegschaft und somit deren Kaufkraft wäre im Stadtzentrum verblieben, der Einzelhandel – gerade im Hinblick auf die neu entstehende Rathausgalerie – wäre gestärkt worden. Hätte, hätte! Leider bleibt all dies Fiktion. Die anderen Ratsfraktionen haben mit Mehrheitsbeschluss diese Chance leichtfertig vertan. Mit dem Ergebnis, dass wir einen weiteren Niedergang unseres Stadtzentrums und des Bahnquartiers befürchten.

Seit Gründung unserer Wählergemeinschaft setzen wir uns für die Revitalisierung von Brachflächen sowie eine Verdichtung der Wohnbebauung ein. Da nur noch wenige Gewerbeflächen in Hagen vorhanden sind, ist es wichtig, diese Flächen für Unternehmen zu erschließen. Von der Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung haben wir uns damals mehr erwartet. Wir wollten eine neue Geschäftsführung, doch die anderen Fraktionen haben sich für „alten Wein in neuen Schläuchen“ entschieden. Seit drei Jahren hinterfragen wir die Effizienz der Hagener Wirtschaftsförderung intensiv, Erfolge sind nachwievor nicht vorhanden. Zum Glück hegen nun die ersten Anteilseigner der HAGENagentur, wie die Märkische Bank, ebenfalls berechtigte Zweifel.

Auch hier wollen wir nochmals an alle Fraktionen appellieren, dass wir jetzt gemeinsam die Wirtschaftsförderung zwingend neu aufstellen.

Beruf & Familie. Da liegt Naherholung wortwörtlich nah und ist zwingend erforderlich. Wir waren die Ersten, die sich für den Erhalt des Hengsteysees als Naherholungsgebiet stark gemacht haben. Als solches ist das Südufer auch im Flächennutzungsplan ausgeschrieben, nun gilt es endlich Fakten zu schaffen. Cargobeamer ja, aber nicht am Hengsteysee.

Mobilität bedeutet Fortschritt. Wir haben mehr als 7.000 Unterschriften zum Erhalt bzw. Ausbau des ÖPNV gesammelt, um diese Infrastruktur für unsere Bevölkerung zu bewahren. Die anderen Ratsfraktionen, ebenso wie die Verwaltungsspitze, haben das Votum der Bürgerschaft ignoriert, indem unser damaliger Antrag ohne Diskussion mehrheitlich abgelehnt worden ist. Wird der Sparkurs in dieser Stadt fortgeführt wie bisher, dann bin ich mir sicher, dass die nächsten Einschnitte im ÖPNV bereits jetzt in der Schublade liegen. Dies kann und ist nicht im Sinne unserer Stadt und des Wirtschaftsstandortes Hagen.

Neben Familie, Beruf und Infrastruktur gilt es auch, die weichen Standortfaktoren, wie z.B. die Kultur, zu erhalten. Wichtig ist uns, dass die freien Kulturträger von zukünftigen

Sparrunden verschont bleiben. Beim Theater haben wir uns für eine Umwandlung in eine gGmbH entschieden, damit der Weg für zwingend erforderliche Anpassungen und somit Kostenreduktionen frei gemacht wird. Aber auch, damit das Theater handlungsfähig ist und nicht mehr „unter der Knute“ der Bezirksregierung steht.

Bevor die freien Träger beschnitten werden, bietet sicherlich das Emil-Schumacher-Museum weiteres Einsparpotential. Bedauerlicherweise hat sich die Stadt hier von der Stiftung knebeln lassen.

Wir sorgen uns um unsere Heimatstadt.

Stellen auch Sie sich Ihrer Verantwortung und treffen Sie und Ihre Fraktionen heute die richtige Entscheidung für Hagen.

Erhöhen Sie den Druck auf Ihre Dezernenten.

Wir brauchen ein starkes, aktives Management, vor allem Reform- und Umsetzungskompetenz innerhalb der Verwaltungsspitze.

Wir entscheiden sachgerechnet und können nur dafür werben, unseren Weg mitzugehen.

### **Folie 13.**

Wir sind nachwievor optimistisch.

Hagen schafft es – vielleicht.

Allerdings nicht ohne eine aktive und ehrliche Beteiligung unserer Vertreter in Bund, Land und Kommunalaufsicht sowie unserer Verwaltungsspitze.



Aktuell zahlen die Bürgerinnen und Bürger sowie die Hagener Unternehmerschaft die Zeche.

Wir tragen einzelne HSP-Maßnahmen mit, den Gesamthaushalt lehnen wir jedoch ab.